



Liebe Leserinnen und Leser,

sehr bewegt hat die Menschen in unserem Land das Schicksal der jungen Lehramtsstudentin Tugçe Albayrak, die sich in Offenbach mutig einem Übergriff auf zwei Jugendliche entgegengestellt hat. Sie bezahlte für diesen beherzten Akt der Zivilcourage nun mit dem Leben – Samstag wurden die lebenserhaltenden Maßnahmen bei der im Koma Liegenden beendet. Wir verurteilen diese Gewalttat auf das Schärfste!

1.500 Menschen kamen in Offenbach zu einer bewegenden Mahnwache zusammen, um an Tugçe Albayrak zu erinnern. Bundespräsident Joachim Gauck prüft nun, ob ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen werden soll.

Noch mit ihrem Tod verbindet sich ein Akt der Nächstenliebe: Als Organspenderin hat Tugçe Albayrak todkranken Menschen neues Leben ermöglicht. Wir verneigen uns vor dieser jungen Frau, deren Mut und Gemeinschaftssinn uns allen ein Vorbild sein soll.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

#### KURZ UND BÜNDIG

**29.11.** Sozialpolitisches Forum der DGB-Arbeitsgemeinschaft der CDA Niedersachsen zur Industrie 4.0

**30.11.** Weihnachtsmarkt der Lebenshilfe Braunschweig in Abbenrode

**1.12.** Expertenworkshop der Bertelsmann Stiftung und KAS zur „Flexi-Rente“

**1.12.** Anhörung zur vorgezogenen Altersrente bei SGB-II-Leistungsempfängern ab dem 63. Lebensjahr

**3.12.** Expertengespräch zum Fachkräftemangel

**4.12. 14.** Europäisches Wirtschaftsgespräch der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

#### DABEI SEIN – TERMINE

**8.12.** 10 bis 11:30 Uhr Eröffnung der Wanderausstellung des Bundestages im Rathaus Salzgitter-Lebenstedt (Ausstellung bis 12.12.)

**9.12.** 9 bis 11 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro Wolfenbüttel



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



## Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 1. bis 5. Dezember

**Internationaler Tag der Menschen mit Behinderungen – Mehr Teilhabe eröffnet neue Perspektiven.** Mit einer vereinbarten Debatte anlässlich des Tags der Menschen mit Behinderungen unterstrichen wir die Bedeutung des Themas und unseren Einsatz für Menschen mit Behinderungen. So haben wir uns für die laufende Wahlperiode eine Reform der Eingliederungshilfe und die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes vorgenommen.

Vergangene Woche organisierte die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Fachgespräch mit Uwe Schummer (Behindertenpolitischer Sprecher CDU/CSU) und Experten zum Thema „Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt verbessern – Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz“. Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales setze ich mich für einen inklusiven Arbeitsmarkt ein: Für die Menschen, denn wer arbeitet und sich auf diese Weise einbringt, erfährt das Gefühl, gebraucht zu werden; für die Unternehmen, denn Menschen mit Behinderungen haben Potenziale, die gehoben werden wollen. Für Gespräche hierüber stehe ich gerne zur Verfügung.

**Die neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland.** Mit der neuen Hightech-Strategie macht die Bundesregierung deutlich,

wie wichtig Innovation und Spitzenforschung für den Wettbewerbsstandort Deutschland sind. Wir berieten über den Bundesbericht Forschung und Innovation 2014 sowie das Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014. Die Erfolge haben unbestreitbar damit zu tun, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt seit Amtsantritt der CDU/CSU-geführten Bundesregierung im Jahr 2005 verdoppelt wurden.

**Antrag zum deutschen Meisterbrief.** Wir unterstützen die neue EU-Kommission darin, die Mobilität qualifizierter Fachkräfte innerhalb des Binnenmarkts sowie grenzüberschreitende Dienstleistungen zu stärken. Der Antrag der Koalition ist eine aktive aber kritische Begleitung des von der EU-Kommission derzeit durchgeführten Evaluierungsprozesses der nationalen Berufsreglementierungen. Er stärkt das System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe, deren Betriebe von Meistern geführt werden. Denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, zur präventiven Gefahrenabwehr zwecks Absicherung eines hohen Verbraucherschutzniveaus, zur Qualifizierung junger Menschen im Rahmen des System der dualen Ausbildung und zur Integration auch bildungsferner Schichten in den Arbeitsmarkt.



*Fraktionsfachgespräch zur „Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Arbeitswelt verbessern“.*



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





*In dieser Woche merkte man wieder, dass Berlin nördlicher liegt als London. Mit diesem kleinen Vorgeschmack kündigte sich der hiesige Winter bei meinem Bürogebäude, dem Jakob-Kaiser-Haus, an.*

**Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern.** In zweiter und dritter Lesung setzten wir eine Übereinkunft mit dem Bundesrat um. Künftig entfällt die Residenzpflicht nach drei Monaten Aufenthalt im Bundesgebiet. Zur gerechten Verteilung der Sozialkosten zwischen den Ländern wird dafür eine Wohnsitzauflage für Asylbewerber und Geduldete eingeführt, deren Lebensunterhalt nicht gesichert ist. Außerdem soll das Sachleistungsprinzip in seiner bisherigen Form nur noch für die Zeit eines Aufenthalts in einer Erstaufnahmeeinrichtung gelten. Damit stärken wir das Selbstbestimmungsrecht der Leistungsberechtigten. Es bleibt allerdings grundsätzlich weiter möglich, Unterkunft, Heizung oder Hausrat als Sachleistung zu gewähren. Schließlich soll für drei Jahre befristet die Vorrangprüfung für den Arbeitsmarktzugang

für Asylbewerber und Geduldete entfallen, wenn sie sich mindestens 15 Monate rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

**Gesetz zur Entlastung der Länder und Kommunen ab 2015 zum Ausbau der Kindertagesbetreuung.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir die im Koalitionsvertrag im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz festgelegte Entlastung der Kommunen um jährlich eine Milliarde Euro. Wir erhöhen dazu einerseits den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des ALG II um 500 Millionen Euro; andererseits ergänzen wir den Kommunalanteil an der Umsatzsteuerverteilung um ebenfalls 500 Millionen Euro. Schließlich wird mit der Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Millionen Euro eine weitere erhebliche Unterstützung für die Kommunen beschlossen. Zugunsten der Länder kommt eine weitere Erhöhung des Festbetrags im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung von jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 hinzu.

**Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats vom 25. Oktober 2007 zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch.** Wesentliches Ziel des Übereinkommens, dem wir nach zweiter Lesung in der Schlussabstimmung zustimmten, ist zum einen die Verhütung und Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Weiterhin soll der Schutz der Rechte kindlicher Opfer gewährleistet und die Förderung der nationalen und

internationalen Zusammenarbeit bei der Prävention und Verfolgung von Sexualstraftaten an Kindern erreicht werden. Das Übereinkommen trifft dazu unter anderem Festlegungen und Vorgaben zu unterschiedlichen Bereichen der Gerichtsbarkeit, zum Strafprozessrecht oder zu präventiven Maßnahmen. Insbesondere stellt das Übereinkommen sicher, dass sexuelle Handlungen mit einem minderjährigen Kind, Kinderprostitution und Kinderpornografie als Straftaten klassifiziert werden und die Kontaktaufnahme zu Kindern



**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

**CDU**

für sexuelle Zwecke (sog. „Grooming“) sowie Sextourismus unter Strafe gestellt werden.

**Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung.** In zweiter und dritter Lesung verschärfen wir die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige, behalten diese jedoch als Instrument des Steuerrechts bei. Straffrei bleiben bei Selbstanzeige nun Steuerhinterziehungen von bis zu 25.000 Euro statt bisher 50.000 Euro. Der zu zahlende Geldbetrag wird abhängig vom Hinterziehungsvolumen gestaffelt. Bestimmte, nicht erklärte ausländische Kapitalerträge können für noch weiter zurückliegende Zeiträume als bisher besteuert werden. Auch wird die Zahlung der Hinterziehungszinsen Voraussetzung für eine wirksame strafbefreiende Selbstanzeige. Zudem muss für die Wirksamkeit der Selbstanzeige zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart innerhalb der letzten zehn Kalenderjahre nachgeklärt werden.

**Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.** Verbesserungen für die Vereinbarkeit von familiärer Pflege und Beruf haben wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Analog zum Kinderkrankengeld führen wir einen

Rechtsanspruch auf eine Lohnersatzleistung bei zehntägiger Pflegeauszeit in akuten Pflegesituationen ein. Daneben wird es für Arbeitnehmer in Betrieben ab 26 Beschäftigten in Zukunft einen Anspruch auf eine bis zu 24-monatige Familienpflegezeit geben. Der Arbeitgeber erhält die Möglichkeit, den Erholungsurlaub des Arbeitnehmers für jeden vollen Kalendermonat der vollständigen Freistellung um jeweils ein Zwölftel zu kürzen.

**Frauen Union Wolfenbüttel besucht weihnachtliches Berlin.** Mit einer 40-köpfigen Gruppe wollte Margaret Schäfer, Vorsitzende der FU Wolfenbüttel, meinen Arbeitsplatz in Berlin kennenlernen. Nach ihrer Teilnahme an einer Plenarsitzung schloss sich ein Mittagessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages an. Anschließend sprach ich mit ihnen über aktuelle politische Themen wie die Endlagerdiskussion, Inklusion und Asylpolitik. Eine Führung durch das Reichstagsgebäude samt Kuppelbesuch rundete die Visite ab. Davon, dass es entsprechend der Adventszeit auch besinnlich in Berlin zugehen kann, überzeugte sich die Gruppe bei einem Besuch des Weihnachtsmarktes am Gendarmenmarkt.



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



## Mittendrin im Wahlkreis 49 29. bis 30. November

### Sozialpolitisches Forum der DBG-AG der CDA Niedersachsen zur Industrie 4.0.



Referenten und Teilnehmer (v.l.): Axel Miesner MdL, Jens Drews (GlobalFoundries, Dresden), Axel Knoerig MdB, Egbert Biermann (Landesvorsitzender der DGB-AG) und ich.

Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung sorgen für einen Strukturwandel in der industriellen Produktion – zusammengefasst wird diese Entwicklung unter dem Schlagwort Industrie 4.0. Zu diesem Thema organisierte die DBG-AG der CDA Niedersachsen eine Veranstaltung, um den Austausch zwischen Politik, Arbeitnehmervertretern und Industrie zu fördern.

Für mich war die Veranstaltung gerade wegen meines beruflichen Hintergrundes als Betriebsrat und meiner jetzigen Position als Berichterstatter meiner Fraktion für betriebliche Mitbestimmung interessant. Denn einer kürzlich erschienenen Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation zufolge erwarten 50 Prozent der befragten Unternehmen (überwiegend mittelständische), dass im Rahmen der Industrie 4.0 betriebliche Mitbestimmung wegen neuer Freiheitsgrade schwieriger. Das möchte ich fachlich begleiten.

## Zum Schluss, doch nicht das Letzte

**Deutscher Arbeitsmarkt entwickelt sich positiv.** Einen historischen Höchststand erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit 43 Millionen im Oktober 2014. Gute Nachrichten liefert das Statistische Bundesamt auch für die Art der Beschäftigungsverhältnisse: 2013 sank die Zahl der atypisch Beschäftigten (Teilzeitarbeit, Minijobs, Zeit- oder Leiharbeit) im Vergleich zum Vorjahr um 71.000 auf 7,64 Millionen; im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Normalbeschäftigten um 380.000 an. Erfreulich ist zudem die gewachsene Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten: Sie liegt inzwischen bei rund 30 Millionen Menschen.

**Verfügbare Kontingente 2014 für Besuch in Berlin.** Über das Jahr verteilt kann ich als Abgeordneter 200 politisch interessierte Menschen ab dem 15. Lebensjahr bzw. der 9. Jahrgangsstufe zu einem Besuch in den Deutschen Bundestag einzuladen. 2014 habe ich noch ein Restkontingent von 23 Plätzen. Die Gruppen mit einer Mindestteilnehmerzahl von zehn Personen erhalten einen Fahrtkostenzuschuss: Bei der Fahrt mit der Deutschen Bahn ist bspw. im günstigsten Fall nur ein Fahrtkostenanteil von zehn Euro pro Person selbst zu bezahlen. Das Programm umfasst eine Führung durch das Reichstagsgebäude, einen Informationsvortrag über die Arbeit des Deutschen Bundestages auf der Besuchertribüne und einen kostenlosen Imbiss im Besucherrestaurant. Ein solcher Besuch kann z.B. ein interessanter Programmpunkt einer Tagesreise zu einem Berliner Weihnachtsmarkt sein. Interessenten wenden sich bitte an mein Berliner Büro.



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

